

Einbringung des Haushalts 2020 der Stadt Gütersloh am 11.10.2019

Haushaltsrede von Stadtkämmerin Christine Lang

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie werden das auch in den letzten Monaten verfolgt haben. Die Meldungen über eine wirtschaftliche Eintrübung der Konjunktur mehren sich. Deutschland hat seit 2011 eine lange Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs erlebt. Es scheint, dass sich diese Phase erst einmal dem Ende nähert. Nicht ganz ausgemacht ist, ob es sich um eine zyklische Abkühlung der Konjunktur handelt, ob Sonderfaktoren wie der amerikanisch-chinesische oder seit neuestem auch der amerikanisch-europäische Handelskrieg oder die Angst vor einem unregelmäßigen Brexit die Hauptursache sind oder ob strukturelle Gründe in der Industrie und hier vor allem in der Automobilindustrie dafür ausschlaggebend sind. Auch heimische Unternehmen haben zu kämpfen und planen tlw. Einschnitte, die auch Spuren in unseren Gewerbesteuereinnahmen hinterlassen werden.

Und dass dies nicht nur Theorie ist, sehen wir bereits am Verlauf der Steuereinnahmen in diesem Jahr. Wir werden unseren Gewerbesteueransatz im Jahr 2019 weit verfehlen und rechnen in der Prognose auf das Jahresende mit Mindereinnahmen von mehr als 10 Mio. €. Ein Haushaltsausgleich für das Jahr 2019 wird damit trotz einiger Einsparungen in den Fachbereichen voraussichtlich nicht möglich sein. Und dies nach Rekordüberschüssen von 28 Mio. € in den beiden Vorjahren.

Die Frage ist, handelt es sich um eine vorübergehende kurzzeitige konjunkturelle Eintrübung oder müssen wir uns auf mehrere schlechte Jahre einrichten; sehen wir momentan davon erst die Spitze des Eisberges, der sich in seinem ganzen Ausmaß erst in den kommenden Monaten und Jahren zeigen wird? Ich weiß es nicht. Auch Experten scheinen sich hier uneins zu sein. Wie geht man also strategisch mit laufenden Ausgaben und Investitionen in einer Phase wachsender Besorgnis um? Soll man voll auf die Bremse treten, gar hastig den Rückwärtsgang einlegen, soll man erst einmal weitermachen wie bisher bis sich alles geklärt hat? Und ist überhaupt jemals zu erwarten, dass sich der Blick in die Zukunft klärt oder können wir immer nur hinterher klüger sein?

Aus rein haushälterischer Sicht wäre m.E. ein Verharren in dieser Situation richtig, was bedeuten würde, einstweilen keine neuen freiwilligen Aufgaben zu übernehmen oder über das bisherige Maß hinaus auszuweiten. Bei den Standards würde das bedeuten, was bisher ausreichend war, wird wohl auch im nächsten Jahr noch so weiter gehen können. Doch so einfach ist das nicht. Viele Dinge sind im Einvernehmen zwischen Politik und Verwaltung auf den Weg gebracht worden, die erst in diesem und den nachfolgenden Haushalten ihre vollen finanziellen Auswirkungen zeigen:

Beispiel IT an Schulen: Ein Aufgabenfeld, das sowohl bei der Verwaltung als auch bei allen Fraktionen höchste Priorität genießt. Im Ergebnisplan sind dafür 3,4 Mio. € und im Finanzplan für investive Auszahlungen noch einmal 3,5 Mio. € eingestellt worden mit weiter steigender Tendenz in den Folgejahren. Noch im Jahr 2018 war dies im Haushalt kein großer Posten.

Beispiel Digitaler Aufbruch: Im Haushalt sind dafür in den nächsten Jahren jährlich 3 Mio. € Ausgabemittel bei erwarteten 2 Mio. € Fördermitteln eingestellt worden. Dies ist zwar einstweilen

nur ein Platzhalter, weil die konkreten Maßnahmen in den nächsten Monaten im Prozess des Digitalen Aufbruchs erst noch entwickelt werden müssen. Es ist aber nicht unrealistisch, dass Projekte in diesem Umfang entwickelt werden.

Beispiel Klimaschutz: Das Thema Klimaschutz hat nicht zuletzt durch die letzten beiden sehr trockenen Sommer, Greta Thunberg und die Fridays for Future Bewegung in den letzten Monaten besondere politische Bedeutung erlangt. Nicht nur die Bundesregierung, sondern auch praktisch alle Kommunen sehen sich veranlasst, zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen. So auch in Gütersloh. Der Rat hat die Verwaltung mit sehr breiter Mehrheit dazu aufgefordert, die Anstrengungen zu erhöhen. Dafür sind im Haushalt 2020 die Aufwandsmittel um 260 T€ erhöht worden.

Beispiel OGS: An investiven Mitteln sind allein für den Ausbau von 2 Grundschulstandorten (Heidewald und Große Heide) 11,5 Mio. € in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt worden. Für alle anderen 15 Standorte wird erst noch ermittelt, in welchem Umfang ein Ausbau erforderlich ist.

Bei diesen wenigen Beispielen möchte ich es bewenden lassen. Es könnten noch zahlreiche weitere angeführt werden. Politisch ist es annähernd unmöglich, einen einmal gestarteten Prozess mittendrin abzubrechen oder erst kürzlich gewährte Zuschusserhöhungen wieder zu streichen, auch wenn es zum Haushaltsausgleich eigentlich erforderlich wäre. Der politisch breit getragene Wunsch nach Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen hat seine finanziellen Konsequenzen, die sich dann in voller Schärfe zeigen, wenn die Einnahmeentwicklung damit nicht Schritt hält.

Der aufgestellte Haushalt enthält also keine Einsparmaßnahmen, sondern gibt einstweilen der bereits in den letzten Jahren und Monaten geplanten und vielfach bereits eingeleiteten Entwicklung weiter Raum.

Im Gesamtplan bedeutet das, dass die ordentlichen Aufwendungen gegenüber dem laufenden Haushaltsplan um 6,2 Mio. € steigen. Zusammen mit den Ertragsminderungen ergibt sich damit ein negatives Jahresergebnis von 12,8 Mio. €. Bemerkenswert ist, dass dieser Haushalt auf der Liquiditätsseite nicht einmal mehr einen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet. Wenn wir nicht aus den vergangenen Jahren über eine gute liquide Rücklage verfügen würden, würde das die Aufnahme von Kassenkrediten in Höhe von 3,6 Mio. € bedeuten. Auch planmäßige Tilgungen können nicht mehr aus laufenden Überschüssen geleistet werden, auch dafür müssen wir auf liquide Rücklagen zurückgreifen. Die gesetzten haushaltswirtschaftlichen Ziele, auf deren Erreichen wir in den letzten Jahren zu Recht stolz waren, können mit diesem Haushaltsentwurf alle nicht mehr eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, diese Dynamik hat mich selbst überrascht und auch erschreckt. Noch im Jahr 2018 haben wir einen Jahresüberschuss von 28 Mio. € erzielt. Den Haushaltsplan 2019 konnten wir gerade noch so ausgleichen. Der im laufenden Jahr unerwartet hohe Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen wird den geplanten Haushaltsausgleich unmöglich machen. Der Blick in die Mittelfristplanung, die naturgemäß mit vielen Unsicherheiten befrachtet ist, gibt aus heutiger Sicht mit jährlich weiter ansteigenden Defiziten Anlass zur Besorgnis. Unsere mit 112 Mio. € gut gefüllte Ausgleichsrücklage wird - wenn alles so kommt, wie in diesem Haushaltsplan dargelegt - am Ende des mittelfristigen Planungszeitraums fast aufgebraucht sein. Unsere Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit werden wir in diesem Zeitraum in Höhe von 34 Mio. € aus unserer

Liquiditätsreserve stützen müssen, da die Einnahmeseite nicht ausreichen wird, die weiter steigenden Aufwendungen zu bestreiten.

Auch bei den Investitionen steigt die Dynamik. An investiven Ermächtigungen sind für das Jahr 2020 im Haushaltsplanentwurf 66 Mio. € vorgesehen, die in der Mittelfristplanung auf diesem hohen Niveau verbleiben sollen. Davon beansprucht der Bereich Tiefbau und Stadtentwässerung mit 22 Mio. € den größten Anteil, gefolgt von Jugend und Schule mit 14 Mio. € und an dritter Stelle das Beteiligungsbudget mit 7,5 Mio. €. Dies umfasst eine Einlage in die Gewerbepark Flugplatz GmbH, Zuführungen für die Stadtbuss GmbH sowie einen Investitionskostenzuschuss für die Stadthalle. Es folgen dann weiter die Bereiche Immobilienwirtschaft mit 5,5 Mio. €, Feuerwehr mit 4,5 Mio. € und der Bereich Organisation mit 4,4 Mio. €.

Zur Teilfinanzierung dieser Investitionsvorhaben werden investive Einzahlungen, also im Wesentlichen Zuschüsse und Verkaufserlöse aus Grundstücken in Höhe von 26 Mio. € erwartet. Für die Differenz in Höhe von 40 Mio. € wird eine Kreditermächtigung vorgesehen. Rein rechnerisch müsste im Jahr 2020 davon wahrscheinlich kein Gebrauch gemacht werden, da dafür noch liquide Mittel vorhanden sein sollten. Allerdings wäre es politisch unklug im Hinblick auf die erwarteten Defizite in den laufenden Haushalten der Folgejahre, die Liquidität im kommenden Jahr für Investitionen aufzubreuchen, um in den Folgejahren dafür Kassenkredite aufnehmen zu müssen. Absehbar ist aber, dass durch die Kombination von defizitären Haushalten und hohen Investitionen in den Folgejahren in hohem Umfang Investitionskredite aufgenommen werden müssen. Dies muss und kann m.E. mit gutem Gewissen hingenommen werden.

Ein rigoroses Streichen von geplanten Investitionsvorhaben halte ich weder für realistisch noch angesichts der niedrigen Zinsen und der sich eintrübenden Konjunktur für angezeigt. Habe ich in den letzten Jahren bedauert, dass wir ausgerechnet in einer konjunkturellen Hochphase mit überschäumender Baukonjunktur selbst so viel investieren, könnten sich unsere Investitionen in den nächsten Jahren als örtliche Konjunkturspritze erweisen, die hilft Arbeitsplätze zu erhalten. Allerdings halte ich es für angezeigt, in der Zukunft bei Investitionen und bei Ausstattungen dem Grundsatz der Sparsamkeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Meine Damen und Herren, das sind insgesamt keine schönen Nachrichten, aber auch keine Katastrophe. Ich darf wie auch Herr Schulz noch einmal an unsere Ausgleichsrücklage und unsere liquiden Rücklagen erinnern, die wir in den zurückliegenden wirtschaftlich starken Jahren aufbauen konnten und die uns jetzt Zeit verschaffen, strategisch klug, die Weichenstellungen für die nächsten Jahre zu definieren.

Aber wir werden handeln müssen und dazu gehört zwangsläufig auch die Dynamik an einigen Stellen herauszunehmen, Wünsche und Erwartungshaltungen zu reduzieren und mit unseren finanziellen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Ich kann nur an Sie alle appellieren, mit weiteren Leistungsverbesserungen erst einmal Schluss zu machen, mindestens eine Pause einzulegen und im aufziehenden Kommunalwahlkampf nicht das Füllhorn auszuschütten. Unsere finanziellen Möglichkeiten geben das nicht her.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen Blick auf die vor uns stehenden Haushaltsplanberatungen werfen, die wir diesmal mittels eines interaktiven Haushaltssystems - dem IKVS - gestalten wollen. Dieses System bietet eine Menge zusätzlicher Möglichkeiten der Auswertungen und Darstellungen. Wir werden erst noch lernen müssen, wie wir in den Beratungen damit umgehen können. Dies wird

sicher eine große Herausforderung für Politik und Verwaltung werden, aber andere Städte und Gemeinden haben das auch geschafft. Das System ist noch nicht perfekt, das mussten meine Mitarbeiter in den letzten Wochen bereits registrieren. Wir gehen aber davon aus, dass IKVS im Verlauf der nächsten Jahre weiter verbessert werden wird. Deshalb kann ich nur an Sie appellieren, mit der notwendigen Gelassenheit an die Sache heranzugehen. Die Verwaltung wird Sie nach Kräften unterstützen, aber wir werden nicht alles möglich machen können.

Zum Schluss geht mein Dank an alle Mitarbeitenden in der Verwaltung, die an der Aufstellung dieses Haushaltsplans mitgewirkt haben, den Bürgermeister, den Verwaltungsvorstand, die Fachbereichsleitungen und Haushaltssachbearbeiter in den Fachbereichen, insbesondere Frau Pöhler und die Kolleginnen und Kollegen in der Kämmerei, die mit unermüdlichem Einsatz wie immer bis zuletzt hinter den Zahlen hergelaufen sind und diesmal zusätzlich viel Zeit in das IKVS investieren mussten.

Ihnen wünsche ich gute und konstruktive Beratungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.